

Unterrichtsbeispiel

Wie funktioniert der Rechtsstaat und welche Rolle habe ich dabei?

Schild, Isabella: Wie funktioniert der Rechtsstaat und welche Rolle habe ich dabei? In: Forum Politische Bildung (Hg.): Die Verfassung – unsere demokratische Basis. Informationen zur Politischen Bildung, Heft 46, 2020, S. 30-40

www.politischebildung.com

Wie funktioniert der Rechtsstaat und welche Rolle spiele ich dabei?



ZIELGRUPPE Sekundarstufe I: 7. Schulstufe



LEHRPLANBEZUG Modul 9 (Politische Bildung): Gesetze, Regeln und Werte (2. Klasse)



DAUER 1–2 Unterrichtseinheiten



METHODISCH-DIDAKTISCHE EINFÜHRUNG

Der Unterrichtsentwurf lässt sich mit dem Modul 9 (Gesetze, Regeln und Werte) der 2. Klasse Unterstufe verbinden.¹ Da dieses Modul überaus theoretische und komplexe Themenbereiche beinhaltet, ist auf eine schülerInnengerechte und lebensnahe Aufbereitung der Inhalte Wert zu legen.

Verständnis für
Normen und
gesellschaft-
liche Prozesse
fördern

Ziel ist die Förderung der **politischen Sachkompetenz** (Was ist ein Rechtsstaat?) und der **politischen Urteils- und Handlungskompetenz** (Welche Handlungsmöglichkeiten habe ich in einem Rechtsstaat?). Werden zudem die im Lehrplan verankerten Konzepte „Normen“ (Welche Normen gelten in der Schule? Welche Normen gelten in Österreich?) und „Handlungsspielräume“ (Welchen Handlungsspielraum bieten mir diese Normen? Wo schränken mich diese Normen ein?) thematisiert, werden die SchülerInnen auch dazu angeregt, das Zusammenleben der Menschen auf einer allgemeinen begrifflichen Ebene zu reflektieren. Der Aufbau eines abstrakten Verständnisses für gesellschaftliche Prozesse wird dadurch gefördert.



ZENTRALE FRAGESTELLUNGEN

- Wie funktioniert ein Rechtsstaat?
- Welche Handlungsmöglichkeiten habe ich im Rechtsstaat?



INHALTLICHE HINFÜHRUNG ZUM THEMA

Der Rechtsstaat baut auf den Prinzipien der Verfassung auf. Die Verfassung bietet somit den rechtlichen Rahmen des Staates. In einem Rechtsstaat gelten für alle Menschen die gleichen Gesetze und das staatliche Handeln darf nur entlang dieser Gesetze geschehen.

Als österreichische/r BürgerIn kann ich die geltenden Gesetze, etwa indirekt durch Wahlen, mitbestimmen. Die Formen dieser Mitbestimmung werden durch die Verfassung festgelegt.

Grundprinzipien der österreichischen Verfassung

Zu den Grundprinzipien der österreichischen Verfassung gehören:

- Das bundesstaatliche Prinzip
- Das demokratische Prinzip
- Das rechtsstaatliche Prinzip
- Das republikanische Prinzip

Diese Prinzipien sind die Basis der Verfassung und der Demokratie und können nur mit einer Zweidrittelmehrheit der Abgeordneten des Nationalrats und einer Volksabstimmung verändert werden (siehe auch den Beitrag von Manfred Welan und Barbara Blümel in diesem Heft).

Das rechtsstaatliche Prinzip

Spielregeln des
Zusammen-
lebens und der
Staatsgewalt

Das Zusammenleben der Menschen in einem Rechtsstaat wird durch dessen rechtliche Ordnung geregelt. Da die grundlegenden Gesetze von einer demokratisch legitimierten Gesetzgebung beschlossen werden, wird der Rechtsstaat in Österreich auch als „demokratischer Rechtsstaat“ bezeichnet. Der Rechtsstaat hat nicht nur Einfluss auf das Handeln der Menschen, er schränkt auch die Macht des Staates selbst ein, dessen Organe ebenfalls nur auf Grundlage der Gesetze agieren dürfen.

Rechtssicherheit
und Verhinde-
rung staatlicher
Willkür

Dadurch wird Willkür bei der Anwendung staatlicher Gewalt verhindert und die Freiheit und Würde der Menschen geschützt. Hier unterscheidet sich ein Rechtsstaat von einem Polizeistaat oder einer Diktatur, in der Willkür in Verwaltung und Gesetzgebung herrschen können. Die verbindliche Kraft des Rechts bietet den Menschen Sicherheit. Die Ausübung staatlicher Macht nur auf Basis von Gesetzen wird auch Legalitätsprinzip genannt.



B-VG, Artikel 18 (1)

Die gesamte staatliche Verwaltung darf nur auf Grund der Gesetze ausgeübt werden.

Merkmale des Rechtsstaates

- Die rechtliche Ordnung ist für alle Menschen, Unternehmen, Vereine, Verbände dieses Staates gültig.
- Auch der Staat selbst ist an die Rechtsordnung gebunden.
- Sowohl die BürgerInnen als auch der Staat können die Einhaltung der Gesetze kontrollieren. So können etwa BürgerInnen durch Justiz-Ombudsstellen oder durch die Volksanwaltschaft Beschwerde einreichen, wenn sie sich von einer Behörde inkorrekt behandelt fühlen.
- Alle staatlichen Verwaltungsakte können durch die Verwaltungsgerichte, den Verwaltungsgerichtshof oder den Verfassungsgerichtshof überprüft werden. Im Zentrum steht dabei die Frage, ob eine Übereinstimmung des staatlichen Handelns mit Gesetzen und Verfassung besteht. Besonders wichtig ist etwa, dass neu erlassene Gesetze die Grund- und Menschenrechte nicht verletzen. So soll garantiert werden, dass in einem Rechtsstaat für alle Menschen Gleichheit vor dem Gesetz herrscht und es faire Verfahren gibt.

Gleichheit vor dem Gesetz und Diskriminierungsverbot

Handlungsmöglichkeiten der BürgerInnen und des Staates

Die BürgerInnen Österreichs wie auch die staatlichen Behörden sind also an die Gesetze gebunden. Auch der Staat darf nur tun, was das Gesetz erlaubt. Es darf weiters keine ungerechtfertigten Unterscheidungen zwischen BürgerInnen, etwa aufgrund von Herkunft, Religion, sozialer Stellung oder Hautfarbe, geben.

→ Die Kompetenzen des Staates sind dabei auf viele verschiedene Staatsorgane (Organe der Exekutive, Judikative und Legislative) aufgeteilt, die unabhängig voneinander arbeiten und sich gegenseitig kontrollieren. So soll verhindert werden, dass sich die Macht des Staates bei Einzelnen konzentriert.



B-VG, Artikel 91 (1)

Das Volk hat an der Rechtsprechung mitzuwirken.

→ BürgerInnen eines demokratischen Rechtsstaates stehen viele Handlungsmöglichkeiten offen. Die Menschen können nicht nur durch Wahlen indirekt an der Politik im Land teilnehmen, sondern auch durch direktdemokratische Maßnahmen (Volksabstimmung, Volksbegehren, Volksbefragung) oder durch Engagement in Parteien oder Vereinen. Daneben gibt es unkonventionelle Formen der Beteiligung wie Demonstrationen, Petitionen oder Protestaktionen. Verhängt der Staat Strafen oder setzt Maßnahmen gegen BürgerInnen, können diese eine Kontrolle durch unabhängige Instanzen verlangen.²



UNTERRICHTSABLAUF

Einführung

Die SchülerInnen sammeln an der Tafel geltende Klassenregeln und ordnen diese ihrer Wichtigkeit nach. So können die Lernenden etwa feststellen, dass manche Regeln immer gültig sind (z.B. fairer Umgang miteinander) und manche Regeln nur für bestimmte Situationen aufgestellt wurden (z.B. während der Stunde darf nicht gegessen werden, in der Pause aber schon). Anschließend werden die Klassenregeln gemeinsam reflektiert. Folgende Fragen können hier diskutiert werden:

Sammeln und reflektieren von Klassenregeln

- Für wen gelten die Regeln?
- Was passiert, wenn die Regeln verletzt werden?
- Wer hat die Regeln aufgestellt?
- Sollten noch weitere Regeln hinzugefügt werden?

Von Regeln zu Gesetzen

Im Anschluss leitet die Lehrkraft dazu über, dass es nicht nur im Klassenzimmer Regeln gibt. In Österreich gibt es eine Vielzahl an Gesetzen, die für alle Menschen und auch den Staat gültig sind. Diese Gesetze orientieren sich dabei immer an der österreichischen Bundesverfassung. Dabei sollte darauf hingewiesen werden, dass auf staatlicher Ebene von Gesetzen und nicht von Regeln gesprochen wird, weil Gesetze verbindlicher sind als Regeln. Regeln können, wenn sie sich bewährt haben, auch zu Gesetzen werden und eine Vorstufe davon bilden.

Erarbeitungsphase 1: Grundprinzipien der österreichischen Bundesverfassung

Grundprinzipien der Verfassung

Die SchülerInnen erarbeiten in Partnerarbeit **Material 1 und 2**.³ Aufgabe ist es, die vier Prinzipien der österreichischen Bundesverfassung kennenzulernen und den Prinzipien jeweils einen Quellentext zuzuordnen. Die Quelle dient dazu, das jeweilige Prinzip zu veranschaulichen.

Erarbeitungsphase 2: Was ist ein Rechtsstaat?

Funktionsweise des Rechts- staates illustrieren

Nachdem die Lernenden nun einen Überblick über die vier Prinzipien der österreichischen Bundesverfassung haben, setzen sie sich mithilfe von **Material 3 und 4** genauer mit dem Rechtsstaat auseinander. Anhand von Beispielen sollen die SchülerInnen erkennen, wie der Rechtsstaat in unterschiedlichen Situationen in Österreich funktioniert. Die Lehrkraft muss bei der Besprechung der Beispiele immer wieder eine Rückkoppelung zum Rechtsstaat herstellen. Dadurch werden die Beispiele kontextualisiert, die SchülerInnen davon ausgehend auch zur Abstraktion angeleitet.

Reflexion

Schriftliche Einzelarbeit

Zum Abschluss der Einheit reflektieren die SchülerInnen schriftlich in Einzelarbeit, warum es Regeln bzw. Gesetze braucht und welche Vor- und Nachteile für einen Menschen bzw. eine Gesellschaft damit verbunden sind. Dabei wird versucht, von der Klassensituation ausgehend auf die staatliche Ebene zu abstrahieren.

- Warum gibt es in deiner Klasse Regeln?
- Welche Vor- und Nachteile hat es, dass es diese Regeln gibt?
- Warum gibt es in Österreich Gesetze, die für alle Menschen und den Staat gültig sind?
- Welche Vor- und Nachteile hat es, dass es diese Gesetze gibt?
- Was ist der Unterschied zwischen den Klassenregeln und den Gesetzen?

1 Bundesrecht konsolidiert: Gesamte Rechtsvorschrift für Lehrpläne – allgemeinbildende höhere Schulen. Online unter: www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10008568, 26.01.2020.

2 Vgl. Stainer-Hämmerle, Kathrin: Politisches Handeln in einer Demokratie, in: Forum Politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur Politischen Bildung 38/2016, S. 5–13; Vereinigung der österreichischen Richterinnen und Richter: Das rechtsstaatliche Prinzip. Online unter <https://richtervereinigung.at/justiz/rechtssystem/das-rechtsstaatliche-prinzip/>, 20.01.2020; Website des österreichischen Parlaments: Grundprinzipien der Bundesverfassung. Online unter www.parlament.gv.at/PERK/VERF/GRUND/, 20.01.2020. Literatur zum Thema in kindgerechter Sprache: Mein Österreich. Vorbereitung zur Staatsbürgerschaft: Die demokratische Grundordnung Österreichs. Online unter www.staatsbuergerschaft.gv.at/index.php?id=43, 20.01.2020; Demokratiewebstatt: Österreich ist ein

Rechtsstaat. Online unter www.demokratiewebstatt.at/angekommen-demokratie-und-sprache-ueben/oesterreich-ist-ein-rechtsstaat/, 20.01.2020; Hanisauland: Rechtsstaat. Online unter www.hanisauland.de/lexikon/r/rechtsstaat.html, 20.01.2020.

3 Vgl. Demokratiewebstatt: Die österreichische Bundesverfassung. Online unter www.demokratiewebstatt.at/thema/thema-verfassung-und-grundrechte/die-oesterreichische-bundesverfassung/, 21.01.2020; Österreichische Nationalbibliothek: Wahlrechtsentwicklung in der österreichischen Reichshälfte der Habsburgermonarchie. Online unter www.onb.ac.at/forschung/ariadne-frauendokumentation/frauen-waehlet/wahlrechtsentwicklung, 25.01.2020; Van der Bellens Neujahrsansprache, „Wir kriegen das schon hin“, in: Kurier, 01.01.2020. Online unter <https://kurier.at/politik/inland/van-der-bellens-neujahrsansprache-wir-kriegen-das-schon-hin/400715736>, 25.01.2020.



Grundprinzipien der Verfassung

Das Zusammenleben der Menschen in Österreich ist von den Gesetzen geprägt. Das bedeutet, dass du – im rechtlichen Sinn – alles tun darfst, was dir nicht durch das Gesetz verboten ist, und der Staat nur so handeln darf, wie es die Gesetze erlauben. Das Parlament, das in Österreich von der wahlberechtigten Bevölkerung gewählt wird, beschließt diese Gesetze. In Österreich dürfen die PolitikerInnen nicht irgendwelche Gesetze erlassen, denn alle Gesetze müssen mit der österreichischen Verfassung vereinbar sein. Alexander Van der Bellen, der österreichische Bundespräsident, bezeichnet die Verfassung deshalb auch als Fixstern, an dem sich die Menschen und die Politik orientieren müssen. So können sich die Menschen sicher sein, dass Gesetze demokratisch beschlossen werden und alle Menschen in der Gesellschaft die gleichen Rechte haben. Die vier Prinzipien der Verfassung sind ihr wesentliches Merkmal.

Demokratisches Prinzip

Österreich ist eine demokratische Republik

- Die BürgerInnen wählen VertreterInnen und wirken so an der Erstellung der Gesetze mit.
- Ab 16 Jahren dürfen die BürgerInnen an Wahlen teilnehmen.
- Ab 18 Jahren dürfen sie sich selbst für ein politisches Amt bewerben.
- Der Nationalrat, der Bundesrat und die Landtage beschließen Gesetze und kontrollieren die Regierung.
- Die BürgerInnen nehmen durch Volksbegehren und Volksbefragungen direkt am politischen Geschehen teil.

Republikanisches Prinzip

In Österreich steht ein/e gewählte BundespräsidentIn an der Spitze des Staates

- Der/die BundespräsidentIn wird für je 6 Jahre von den BürgerInnen gewählt. Damit unterscheidet er/sie sich auch von einem König/einer Königin, der/die ohne die Mitbestimmung des Volkes an die Macht kommt.
- Der/die BundespräsidentIn hat andere Aufgaben als der/die BundeskanzlerIn (die Macht ist auf mehrere Personen verteilt)
- Die BürgerInnen wählen Menschen, die ihre Interessen vertreten.

Bundesstaatliches Prinzip

Der österreichische Bundesstaat besteht aus neun Bundesländern

- Die politische Macht und die Aufgaben werden zwischen Bund und Bundesländern aufgeteilt.
- Die Bundesländer können eigene Gesetze beschließen.
- Mithilfe des Bundesrat können die Bundesländer auch auf gesamtstaatlicher Ebene mitsprechen.

Rechtsstaatliches Prinzip

Laut Verfassung darf der Staat nur auf Grundlage von Gesetzen handeln

- Dieses Prinzip begrenzt die Macht des Staates, damit Machtmissbrauch verhindert wird.
- In einem Rechtsstaat werden die Grund- und Freiheitsrechte der BürgerInnen geschützt.
- Ein Rechtsstaat basiert auf Gewaltenteilung in Gesetzgebung (Legislative), Verwaltung (Exekutive) und Rechtsprechung (Judikative).

Arbeitsaufgabe → Lies dir die Definitionen zu den Prinzipien durch! Ordne jedem Prinzip eines der folgenden Themen aus **Material 2** zu.



Beispiele für die Umsetzung der Verfassungsprinzipien

Das Wahlrecht in Österreich



Quelle: Sozialwissenschaftliche Dokumentation der Kammer für Arbeiter und Angestellte, Wien

Dass heute alle österreichischen StaatsbürgerInnen ab 16 Jahren wählen dürfen, ist nicht selbstverständlich. In manchen Ländern der Erde gibt es nach wie vor keine freien Wahlen für die Bevölkerung, weshalb diese auch nicht die Politik ihres Landes mitbestimmen kann.

In Österreich kämpften viele Menschen für ein allgemeines, freies, direktes, gleiches und geheimes Wahlrecht, vor allem seit dem 19. Jahrhundert. Dies taten sie, weil sie selbst über die Gesetze in ihrem Land bestimmen wollten.

Der erste große Erfolg für den Erhalt des Wahlrechts wurde im Jänner 1907 gefeiert. Ab diesem Zeitpunkt war es allen männlichen Staatsbürgern ab 24 Jahren erlaubt, an Wahlen teilzunehmen. Vorher durften nur Männer und einige wenige Frauen wählen, die eine bestimmte Höhe an Steuern zahlen konnten. Deshalb war das Wählen nur Reichen möglich, was vor allem die ärmeren Menschen als ungerecht empfanden. Für das Wahlrecht der Frauen musste noch länger gekämpft werden. Frauen sollten nicht länger benachteiligt werden. Begründet wurde dies etwa damit, dass Frauen genauso wie Männer als Menschen mit gleichen Rechten geboren werden. Da Frauen ebenso täglich arbeiten gingen und so ihren Beitrag für die Gesellschaft leisteten, sollten sie über ihre Rechte selbst entscheiden können. Seit Einführung der Demokratie 1918 dürfen auch Frauen an Wahlen teilnehmen und ihre politischen Interessen selbstständig vertreten.

- Arbeitsaufgabe** → Ordne das Bild und die Informationen einem Prinzip der österreichischen Verfassung zu!
- Fasse zusammen, welche Argumente für das Frauenwahlrecht sprechen! Notiere dir weitere Gründe, warum Frauen und Männer wählen dürfen sollten!

Antrittsrede von Bundespräsidenten Alexander Van der Bellen am 26. Jänner 2017



Quelle: Wikimedia Commons

Und jetzt darf ich als Ihr Bundespräsident vor Ihnen stehen. Das ist eine besondere Ehre für mich, eine Freude. Und es erfüllt mich, wie soll ich sagen, mit dem Gefühl, dass Österreich tatsächlich ein Land sehr großer Möglichkeiten ist, ein Land – um diese Metapher zu gebrauchen – der unbegrenzten Möglichkeiten. Daran sollten wir uns hin und wieder erinnern und uns nicht kleinmachen.

Natürlich stehe ich hier heute vor Ihnen, weil mich Hunderttausende von Wählerinnen und Wählern quasi ins Amt getragen haben, fast buchstäblich. Dafür danke ich herzlich. [...]

[...] Vielleicht ein paar Worte zu meinem Amtsverständnis. Es ist an und für sich – wie soll ich sagen – auf gut Österreichisch „eh klar“: Nämlich, dass ich nach bestem Wissen und Gewissen versuchen werde, nicht nur versuchen, sondern ich werde es sein, ein überparteilicher Bundespräsident, einer, der für alle Menschen in Österreich da ist. [...]

- Arbeitsaufgabe** → Ordne das Bild und den Ausschnitt der Rede einem Prinzip der österreichischen Verfassung zu!
- Analysiere, was Alexander Van der Bellen meint, wenn er „überparteilicher Bundespräsident“ sein möchte! Warum könnte ein überparteilicher Bundespräsident für Österreich wichtig sein?



Die Arbeit in den Bundesländern am Beispiel der Ausgehzeiten für Kinder

- Bundesebene**
 - In Österreich werden die Kinderrechte, wie auch in der Europäische Union, als besonders wichtig erachtet. Aus diesem Grund wurden einige Kinderrechte in die österreichische Bundesverfassung aufgenommen. Das ist die wichtigste Gesetzessammlung in Österreich. Alle Gesetze in Österreich müssen mit der Bundesverfassung zusammenpassen.
- Länderebene**
 - Die einzelnen Bundesländer in Österreich haben nun die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die Kinderrechte tatsächlich umgesetzt werden. Ein Beispiel dafür ist, dass sich jedes Bundesland überlegt, wie lange Kinder alleine am Abend ausgehen dürfen. Das Ziel ist, dass Kinder geschützt werden.
 - In Österreich regelt jedes Bundesland die Ausgehzeiten für Kinder selbst. Alle Bundesländer orientieren sich in ihren Gesetzen aber an der Bundesverfassung.



Quelle: Wikimedia Commons

Ausgehzeit unter 14 Jahren	Wien	Burgenland	Nieder-österreich	Ober-österreich	Steiermark	Kärnten	Tirol	Salzburg	Vorarlberg
BP = Begleitperson	5.00 bis 23.00 Uhr	5.00 bis 23.00 Uhr	5.00 bis 23.00 Uhr	5.00 bis 23.00 Uhr	5.00 bis 23.00 Uhr	5.00 bis 23.00 Uhr	5.00 bis 23.00 Uhr	5.00 bis 21.00/23.00 Uhr	5.00 bis 23.00 Uhr
	ohne BP	ohne BP	ohne BP	ohne BP	ohne BP	ohne BP	In Gasthäusern nur mit BP	In Gasthäusern nur mit BP	ohne BP

- Arbeitsaufgabe**
- Ordne das Bild und die Informationen einem Prinzip der österreichischen Verfassung zu!
 - Lies dir den Informationstext zu den Kinderrechten durch und analysiere auch die Tabelle.
 - Findet zu zweit ein Argument, warum es gut sein könnte, dass jedes Bundesland selbstständig die Ausgehzeiten für Kinder unter 14 Jahren regelt, und eines, warum es in allen Bundesländern die gleichen Ausgehzeiten für Kinder unter 14 Jahren geben sollte.



B-VG, Artikel 7 (1)

Alle Staatsbürger sind vor dem Gesetz gleich. Vorrechte der Geburt, des Geschlechtes, des Standes, der Klasse und des Bekenntnisses sind ausgeschlossen. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden. Die Republik (Bund, Länder und Gemeinden) bekennt sich dazu, die Gleichbehandlung von behinderten und nichtbehinderten Menschen in allen Bereichen des täglichen Lebens zu gewährleisten.

„Aber die Kunst ist nun einmal, sich dort, wo manche nur die dunkle Nacht sehen, auf die Sterne zu konzentrieren. Und zu wissen: Die sind der Vorbote des nächsten Tages. Und wir sind ja nicht allein. Wir haben einen hellen Fixstern, der uns Orientierung und Anleitung gibt: das ist unsere Bundesverfassung.“
Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Neujahrsrede 2020

- Arbeitsaufgabe**
- Ordne das Zitat des Bundespräsidenten und den Ausschnitt des Gesetzestextes einem Prinzip der österreichischen Verfassung zu!
 - Analysiere, was Alexander Van der Bellen damit gemeint haben könnte, wenn er von der österreichischen Verfassung als Fixstern spricht. Beziehe in deine Antwort auch den Gesetzestext mit ein.



Wie der Rechtsstaat Menschen helfen kann

Du hast jetzt die vier Prinzipien der österreichischen Verfassung kennengelernt und erfahren, dass das rechtsstaatliche Prinzip besagt, dass alle Menschen in Österreich die gleichen Rechte haben und für alle Menschen stets auch die gleichen Rechte gelten. Der Rechtsstaat schafft damit die Grundlage dafür, dass das Leben in der österreichischen Gesellschaft funktioniert.

Innerhalb dieses Regelsystems kannst du deine eigenen Entscheidungen treffen und so handeln, wie du es für richtig hältst. Der österreichische Rechtsstaat bietet dir also rechtliche Sicherheit und Freiheit, solange du die Regeln beachtest.



Mein Name ist Melina. Ich bin 27 Jahre alt und hatte vor zwei Jahren einen Autounfall. Seither sitze ich im Rollstuhl und muss viele Aufgaben des Alltags neu lernen. Mein größter Wunsch ist, dass ich in Zukunft wieder meinen Beruf als Lehrerin ausüben kann. Meinst du, wird das möglich sein? Ich habe Angst, dass mich die Direktion aufgrund meiner Behinderung nicht mehr einstellt.

Was meinst du? Kann eine Schulleitung Melina aufgrund ihrer Behinderung den Job verweigern?

- Ja sicher, wie soll eine Lehrerin im Rollstuhl unterrichten?
- Nein, ein Mensch darf aufgrund seiner Behinderung nicht benachteiligt werden.
- Es kommt darauf an, ob die Schulleitung einen guten oder schlechten Tag hat.



Hallo, ich bin Tom. Ich bin 18 Jahre alt und habe so meine Probleme mit den Gesetzen. Wegen eines Ladendiebstahls habe ich schon einmal eine Anzeige bekommen. Durch mein Gerichtsverfahren weiß ich aber heute, dass man in Österreich nicht einfach eingesperrt wird, sondern vor Gericht auch seine Sicht der Dinge erklären darf. Das habe ich zumindest sehr fair gefunden. Meine Strafe musste ich trotzdem leisten. Meinem Freund Mostafa ging es auch so. Und obwohl seine Familie aus Nigeria kommt, hat er genau das gleiche Verfahren wie ich bekommen. Das hat uns überrascht, wir dachten, die Leute am Gericht sind mit ihm vielleicht noch strenger wegen seiner Hautfarbe. Denkst du das nicht auch?

Was glaubst du? Dürfen RichterInnen Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe unterschiedlich behandeln?

- Nein, im Gesetz steht, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind, egal welche Hautfarbe sie haben.
- Ja, weil es immer wieder zu Problemen mit Menschen mit dunkler Hautfarbe kommt, und da muss man vorsichtig sein.
- Es kommt darauf an, ob die RichterInnen einen guten oder schlechten Tag haben.



Wir sind Nia und Fabian und wir setzen uns seit diesem Jahr besonders für Fridays for Future ein. Wir möchten, dass unsere Kinder einmal in einer gesunden Welt leben können und wir keine Angst um ihre Gesundheit haben müssen.

Fridays for Future ist echt eine tolle Sache, weil die Politik sonst nie etwas machen würde. Die PolitikerInnen müssen wirklich mal aufgeweckt werden und von uns Leuten auf der Straße darauf aufmerksam gemacht werden, was sie zu tun haben. Wir glauben, dass das unser gutes Recht ist. Was meinst du?

Was denkst du? Dürfen sich die Menschen in Österreich in die Politik einmischen und Forderungen stellen?

- Ja, in einer Demokratie ist das möglich.
- Nein, selbst wenn wir in einer Demokratie leben, sollten wir die politische Arbeit den Profis überlassen.
- Es kommt darauf an, ob es die PolitikerInnen zulassen, dass sich die Bevölkerung an ihrer Arbeit beteiligt.



Hallo, mein Name ist Sami und ich lebe seit zwei Jahren in Österreich. Ich bin aus Afghanistan geflüchtet, und da ich das Recht auf Asyl habe, habe ich einen positiven Asylbescheid bekommen. Darüber bin ich wirklich sehr froh. Wenn ich lange genug in Österreich bin, möchte ich auch einmal die Staatsbürgerschaft beantragen.

Vor Kurzem habe ich mich für einen Job als Kellner beworben. Leider habe ich ihn nicht bekommen, und der Eigentümer des Restaurants sagte zu mir, dass er mir den Job selbst dann nicht geben würde, wenn ich schon die Staatsbürgerschaft hätte. Er will nur „echte“ Österreicher einstellen. Das fand ich echt unfair.

Was denkst du? Darf der Chef Sami den Job wegen seiner ursprünglichen Herkunft verweigern – selbst wenn er schon die österreichische Staatsbürgerschaft hätte?

- Natürlich, das ist sein gutes Recht!
- Nein, in Österreich dürfen Menschen mit österreichischer Staatsbürgerschaft nicht wegen ihrer Herkunft bei der Vergabe von Jobs diskriminiert werden.
- Es kommt darauf an, ob der Chef einen guten oder schlechten Tag hat.



Ich bin Lisa und arbeite in einer großen Firma, die leider kein Verständnis dafür hat, dass ich schwanger bin. Meine Chefin hat mir sogar gedroht, mich zu entlassen.

Zum Glück kann ich aber während meiner Schwangerschaft nicht gekündigt werden. Was ist deine Meinung zu diesem Gesetz?

Was denkst du dazu?

- Ich würde die schwangere Frau auch kündigen, weil sie nicht mehr ihre Arbeit machen kann.
- Ich finde es gut, dass es solche Gesetze gibt. Dadurch werden Frauen vor Ungleichbehandlung geschützt.
- Ich denke, das sollte jeder Chef für sich selbst entscheiden dürfen.



Mein Name ist Ioana und ich bin momentan echt wütend. Ich bin mit dem Moped ein bisschen zu schnell gefahren und wurde von der Polizei aufgehalten. Ich musste meinen Ausweis herzeigen und 25 € Strafe zahlen.

Die Polizisten waren bestimmt nur so streng, weil ich ein Mädchen bin und noch nicht so gut Deutsch spreche. Das ist total diskriminierend und rassistisch. Die Polizei hätte mich wirklich nicht aufhalten müssen.







War die Reaktion gerechtfertigt?

- Nein, absolut nicht. Sie hätten wirklich ein Auge zudrücken können. So schlimm war das ja nicht.
- Ioana ist zu schnell gefahren, unabhängig davon, ob sie ein Mädchen ist oder gut Deutsch spricht. Die Reaktion der Polizisten war richtig.
- Wenn es mich nicht selbst betrifft, sollten die Menschen bestraft werden. Sonst lernen sie nichts.

- Arbeitsaufgabe** → Bearbeite die Beispiele, die dir zeigen, wie der Rechtsstaat in unterschiedlichen Situationen in Österreich funktioniert. Kreuze an, was du für richtig hältst!
- Diskutiert in der Klasse, warum manche Antworten richtig und warum manche Antworten falsch sind!



Erkenntnisse über den Rechtsstaat







Beispiel	Das habe ich über den Rechtsstaat gelernt...
	
	
	
	
	
	

Arbeitsaufgabe

- Fasse nun gemeinsam mit deiner Sitznachbarin/deinem Sitznachbar zusammen, was du anhand der Beispiele über den Rechtsstaat gelernt hast.
- Markiere dir in deiner Zusammenfassung jene Punkte, die für dich persönlich am wichtigsten sind.
- Vergleiche diese Punkte in der Klasse!



Lösung Material 2:

	Nein, ein Mensch darf aufgrund seiner Behinderung nicht benachteiligt werden.
	Nein, weil im Gesetz steht, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind, egal welche Hautfarbe sie haben.
	Ja, in einer Demokratie ist das möglich.
	Nein, in Österreich dürfen Menschen mit österreichischer Staatsbürgerschaft nicht wegen ihrer Herkunft bei der Vergabe von Jobs diskriminiert werden.
	Ich finde es gut, dass es solche Gesetze gibt. Dadurch werden Frauen vor Ungleichbehandlung geschützt.
	Ioana ist zu schnell gefahren, unabhängig davon, ob sie gut Deutsch spricht oder nicht. Die Reaktion der Polizisten war also richtig.

Zusammenfassung über die Erkenntnisse zum Rechtsstaat:

- Menschen dürfen nicht wegen ihrer Behinderung diskriminiert werden.
- Vor dem Gesetz sind alle Menschen gleich, egal welche Hautfarbe sie haben.
- In Österreich dürfen und sollen sich die BürgerInnen an der Politik im Land beteiligen.
- Bei der Vergabe von Jobs dürfen österreichische StaatsbürgerInnen nicht wegen ihrer Herkunft diskriminiert werden.
- Vor dem Gesetz sind alle gleich.
- Wenn Menschen Gesetze bzw. Verordnungen verletzen, werden sie für ihr Handeln zur Verantwortung gezogen. Sie dürfen dabei nicht aufgrund von Herkunft, Hautfarbe, Religion oder Geschlecht diskriminiert werden.